

Sitzung vom Salzburger Landtag am 18. Dezember 2024 in Einfacher Sprache

Am Mittwoch, 18. Dezember 2024,
trifft sich der Salzburger Landtag zur Landtagssitzung.
Die Sitzung beginnt um 9:00 Uhr.

Die [Sitzung kann man sich im Internet anschauen](#).

Der Landtag in Salzburg übersetzt seine Sitzungen in Gebärden-Sprache.
Alle unterstrichenen Wörter werden im [Wörterbuch](#) erklärt.

Hier ist eine Vorschau auf die Tagesordnung:

Dringliche Anträge

Bei jeder Landtagssitzung werden zuerst die dringlichen Anträge besprochen.

Bei den dringlichen Anträgen wird am Vormittag besprochen:

Ist der Antrag wirklich dringend?

Jede Partei darf sagen,

warum sie den Antrag so wichtig findet.

Bei jedem Antrag gibt es eine Abstimmung über die Dringlichkeit.

Wenn die Mehrheit für die Dringlichkeit stimmt,

ist der Antrag am Nachmittag bei den Ausschuss-Beratungen.

Diesen Mittwoch gibt es **4 dringliche Anträge**:

- Antrag von ÖVP und FPÖ: Kostenlose Zahn-Füllungen von der Krankenkasse
- Antrag der SPÖ: Schutz vor Mobbing und Gewalt für Kinder und Jugendliche
- Antrag der KPÖ: Entlastung bei den Preisen für Energie
- Antrag der GRÜNEN: Mobilitäts-Lösung ohne S-LINK

Kostenlose Zahn-Füllungen von der Krankenkasse (Antrag von ÖVP und FPÖ)

Die Krankenkasse (ÖGK) zahlt Zahn-Füllungen mit Amalgam.
Andere Füllungen müssen die Patienten selbst zahlen.

Ab Jänner 2025 sind in der EU
Zahn-Füllungen aus Amalgam verboten.

Warum?

In Amalgam ist Quecksilber enthalten.

Quecksilber ist schädlich für die Gesundheit und die Umwelt.

Ab 2025 gilt die EU-Quecksilber-Verordnung.

Die EU-Quecksilber-Verordnung ist ein Gesetz,
das in der Europäischen Union gilt.

Es verbietet die Verwendung von Quecksilber in vielen Produkten.

Zahnärzte dürfen ab 2025 kein Amalgam mehr für Zahn-Füllungen verwenden.

Die Verordnung verbietet Zahn-Füllungen mit Quecksilber.

Das bedeutet:

Es gibt 2025 vielleicht KEINE kostenlosen Zahn-Füllungen mehr.

Für viele Menschen sind die anderen Füllungen zu teuer.

Die Krankenkasse und die Zahnärzte verhandeln.

Es geht um ein anderes Material für die Füllungen und um die Kosten.

Es geht darum,

welches Material die Krankenkasse bezahlt.

ÖVP und FPÖ schlagen vor:

Die Bundesregierung soll mit den

Krankenkassen und Zahnärzten verhandeln.

Es soll kostenlose Zahn-Füllungen ohne Amalgam geben.

Schutz für Kinder vor Mobbing und Gewalt (Antrag der SPÖ)

Mobbing und Gewalt sind ein großes Problem
für Kinder und Jugendliche.

Besonders in der Schule und

in den sozialen Medien.

Beim Jugendlandtag reden Jugendliche oft über das Thema Mobbing.

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft Salzburg (kija) hat 2023 fast 500 Fälle von Mobbing bearbeitet. Das ist sehr viel.

In Oberösterreich gibt es eine Stelle für Schutz vor Mobbing und Gewalt. Die Stelle unterstützt Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

In der Steiermark hat man eine Studie erstellt. Die Studie zeigt: Sehr viele Schülerinnen und Schüler sind von Mobbing betroffen.

Die SPÖ fordert:

- Eine Studie über Mobbing und Gewalt in Salzburger Schulen.
- Eine Untersuchung von den Angeboten zum Schutz vor Mobbing und Gewalt.
- Die Einrichtung von einer Stelle zum Schutz vor Mobbing und Gewalt.
- Finanzielle Mittel für diese Projekte.

Entlastung bei den Preisen für Energie (Antrag der KPÖ PLUS)

Jeder Mensch braucht Energie. Energie ist wichtig zum Heizen, zum Kochen und für das Licht.

Ab Jänner werden Strom und Gas teurer. Viele Menschen haben mehr Kosten für Energie.

Es gibt Programme zur Unterstützung. Zum Beispiel die Strompreisbremse und den Wohnschirm Energie. Diese Unterstützungen enden bald. Die Landesregierung kürzt den Heizkosten-Zuschuss von 600 auf 250 EURO.

Die Armutskonferenz fordert eine Energie-Grundsicherung.

Das bedeutet:

Alle Menschen sollen die notwendige Energie sicher bekommen.

Die KPÖ PLUS fordert:

Die Salzburgerinnen und Salzburger sollen

bei den Kosten für Energie entlastet werden.

Die Landesregierung soll einen Plan dafür machen.

Die Landesregierung soll mit der Salzburg AG zusammenarbeiten:

Es soll KEINE Strom-Abschaltungen geben.

Der Bund soll eine Energie-Grundsicherung einführen.

Außerdem soll es eine feste Grenze für die Kosten

von Strom und Gas geben.

Mobilitäts-Lösung ohne [S-LINK](#) (Antrag der GRÜNEN)

Mit Mobilitäts-Lösung ist gemeint:

Es geht um einen großen Plan für den Verkehr in Salzburg.

Am 10. November 2024 haben die Bürgerinnen und Bürger

in der Stadt Salzburg, im Tennengau und im Flachgau abgestimmt.

Sie haben über den Verkehrs-Plan und den S-Link abgestimmt.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger

haben gegen den Plan gestimmt.

Die verantwortlichen Politiker und Politikerinnen

in der Stadt und im Land Salzburg haben gesagt:

Stadt und Land müssen zusammenarbeiten.

Sie wollen gemeinsam Lösungen finden.

Die Mobilität in Salzburg muss verbessert wird.

Für den S-Link hat es eine Planungs-Gesellschaft gegeben.

Im November ist beschlossen worden:

Die Planungs-Gesellschaft wird aufgelöst.

Die GRÜNEN fordern:

Der Salzburger Landtag bekennt sich

zu einer Mobilitäts-Lösung für Salzburg.

Die Landesregierung soll prüfen:
Kann die Planungs-Gesellschaft von den
Salzburger Verkehrsbetrieben übernommen werden.
Das Wissen von der Planungs-Gesellschaft soll
NICHT verloren gehen.

Die Landesregierung soll sich für die Messe- und
die Stieglbahn einsetzen.
Sich soll sich außerdem dafür einsetzen,
dass die Lokalbahn bis zum Schloss Mirabell verlängert wird.
Die Verlängerung kann auch oberirdisch sein.

Aktuelle Stunde:

Das Thema für die Aktuelle Stunde hat die FPÖ vorgeschlagen.
Es geht um die Pflege.

Das Thema heißt:
Der Mensch im Fokus.
Zukunft und Verantwortung für die Pflege unserer Senioren.

Der Mensch im Fokus bedeutet:
Der Mensch steht im Mittelpunkt.

Mündliche Anfragen:

Bei den Mündlichen Anfragen antworten
die Mitglieder von der Regierung auf die Fragen
von den Abgeordneten vom Landtag.

Diesen Mittwoch gibt es **8 Mündliche Anfragen**.
Insgesamt gibt es für die Fragestunde eine Stunde Zeit.

1. Abg. Brandauer an Landesrätin Gutschl:
Impfungen in Schulen
2. Klubobfrau Hangöbl an Landesrat Schwaiger:
Energie-Beratung
3. Abg. Humer-Vogl an Landesrat Pewny:
Pflege-Gesetz

4. Abg. Meisl an Landesrat Zauner:
Salzburger Wohnbau-Förderung
5. Abg. Walter an Landeshauptmann-Stellvertreter Schnöll:
[Gedenkstrategie](#) im Jahr 2025.
6. Klubobfrau Berthold an Landesrätin Gutschl:
Zusammenarbeit vom Gesundheits-Telefon mit der Kinder-Ambulanz
7. Klubvorsitzender Maurer an Landeshauptmann Haslauer:
Salzburg AG-Unternehmen „Fünf Schätze“
8. Abg. Eichinger an Landesrat Zauner:
Leistbares Wohnen

Dringliche Anfragen:

Diesen Mittwoch gibt es **3 dringliche Anfragen**:

1. Dringliche Anfrage der SPÖ an die Landesregierung:
Antheringer Au
2. Dringliche Anfrage der KPÖ PLUS an Landesrat Pewny:
Heizkosten-Zuschuss
3. Dringliche Anfrage der GRÜNEN an die Landesregierung:
Haus Bolaring

Antheringer Au (Dringliche Anfrage der SPÖ)

Die Antheringer Au ist ein Schutz-Gebiet an der Salzach.
Das Land Salzburg hat die Au gekauft.
Der Landes-Rechnungshof hat den Kauf geprüft.
Er hat den Kauf kritisiert.

Die Landesregierung hat gesagt:
Der Kauf von der Antheringer Au ist ein wichtiges Projekt.

Der Landeshauptmann hat 2020 den Kauf angekündigt.
Die Abteilungen vom Land Salzburg sind 2022 informiert worden.

Es hat im September 2024 einen Sonder-Landtag zur Antheringer Au gegeben.

Die SPÖ hat 5 Fragen an die Landesregierung.
Zum Beispiel:

- Wann haben die Mitglieder der Landesregierung an Besprechungen zur Antheringer Au teilgenommen. Welche Mitglieder der Landesregierung waren das? Wer war bei der Besprechung dabei?
Zum Beispiel: Verkäufer, Abteilungen, Berater, Gutachter?
- Was ist der Inhalt des Vertrages?
- Warum ist der Vertrag nicht im Akt zum Kaufvertrag?

Heizkosten-Zuschuss (Dringliche Anfrage der KPÖ PLUS)

Die Kosten für das Heizen sind sehr hoch.
Die hohen Preise belasten die Bevölkerung.

Es gibt einen Heizkosten-Zuschuss.
Für den Heizkosten-Zuschuss gelten Einkommens-Grenzen.
Der Heizkosten-Zuschuss unterstützt
Personen mit wenig Geld.
Zum Beispiel Personen mit niedrigen Pensionen.

Bis jetzt haben die Personen mit wenig Geld
600 Euro bekommen.
Jetzt will die Regierung den Betrag auf 250 Euro kürzen.

Die KPÖ PLUS hat 5 Fragen an Landesrat Pewny.
Zum Beispiel:

- Werden die Einkommens-Grenzen 2025 angepasst?
- Wie viele Menschen können 2025 den Zuschuss beantragen?
- Warum hat es 2024 weniger Anträge gegeben als 2023?

Haus Bolaring (Dringliche Anfrage der GRÜNEN)

Die Landesregierung hat die Eröffnung vom Haus Bolaring abgesagt.

Das Haus war geplant für Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Menschen mit psychischen Erkrankungen sollten im Haus Bolaring Unterstützung bekommen.

Es hat schon viele Vorbereitungs-Arbeiten für das Haus gegeben.
Und: Es gibt viele Personen, die auf einen Platz warten.

Die GRÜNEN haben 5 Fragen an die Landesregierung.
Zum Beispiel:

- Warum ist die Eröffnung vom Haus Bolaring plötzlich abgesagt worden?
- Wie werden Menschen mit psychischen Erkrankungen in Zukunft versorgt?
- Wie hoch sind die Kosten für das Haus?
- Wie hoch sind die Kosten für die Versorgung dieser Menschen jetzt?

Ausschuss-Beratungen

Am Nachmittag gibt es wie immer Ausschuss-Beratungen.

Es gibt 15 Punkte auf der Tagesordnung.

Zuerst werden die Anträge für Gesetze und dann die Dringlichen Anträge besprochen.

Am Vormittag gibt es bei jedem Dringlichen Antrag eine Abstimmung.

Ist der Antrag wirklich dringlich?

Wenn die Mehrheit für die Dringlichkeit stimmt,

ist der Antrag am Nachmittag bei den Ausschuss-Beratungen.

TOP 1 (14:00 Uhr): Naturschutz-Gesetz

Die Vorlage der Landesregierung wird im
[Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert:

Das Naturschutz-Gesetz, das Landesumweltschutz-Gesetz
und andere Umwelt-Gesetze werden geändert.

Eine Änderung ist:

Das Naturschutz-Gesetz wird einfacher.

Zum Beispiel:

Es gibt praktischere Regelungen für die Verwaltung.
Bewilligungen werden einfacher.

Bei einer andere Änderung geht es
um die Landesumweltschutz (LUA). :

Die LUA wird neu geregelt.

Es geht um die Mitwirkungs-Rechte der LUA.

Zum Beispiel:

Die LUA verliert das das Revisionsrecht.

Das bedeutet:

Die LUA kann NICHT mehr

zum Verwaltungs-Gerichtshof gehen.

Sie kann KEINE Beschwerde mehr einbringen.

Oder: Die LUA verliert die Parteistellung.

Parteistellung bedeutet,

dass man in einem bestimmten Verfahren mitreden darf
und Informationen bekommt.

TOP 2 (14:30 Uhr): Salzburger Naturschutz-Fonds 2023

Der Bericht wird am Mittwoch im
[Finanz-Überwachungsausschuss](#) diskutiert.

Der Naturschutz-Fonds ist ein Geldtopf,
aus dem Naturschutz-Gebiete Geld bekommen.

Jedes Jahr gibt es einen Bericht darüber,
welche Projekte mit diesem Geld unterstützt werden.

Zu den Projekten gehören zum Beispiel:

- Auen-Werkstatt
- Amphibien-Schutz
- Baum-Pflanzungen
- Pflanzen-Memory
- und viele andere Projekte

Der Bericht für das Jahr 2023
wird am Mittwoch im Landtag diskutiert.

TOP 3 (15:00 Uhr): Salzburger Rettungsgesetz

Die Vorlage der Landesregierung wird im
[Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert:

Das Land und die Gemeinden zahlen
einen Beitrag für die Rettungs-Dienste.

Das Rote Kreuz hat gebeten:
Land und Gemeinden sollen mehr Geld
für die Rettungs-Dienste zahlen.
Warum?

Die Kosten für die Rettungs-
und die Notfall-Dienste sind gestiegen.

Das Salzburger Rettungs-Gesetz soll deshalb geändert werden.
Die Beiträge für die Rettungs-Dienste
für die Jahre 2024 bis 2026
sollen erhöht werden.

TOP 4 (15:15 Uhr): Salzburger Wohnbau-Förderung

Die Vorlage der Landesregierung wird im
[Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert:

Das Wohnen in Salzburg ist sehr teuer.
Es soll wieder mehr bezahlbaren Wohnraum in Salzburg geben.
Deshalb wird die Salzburger Wohnbau-Förderung erneuert.

Die neuen Regeln sollen einfacher sein.
Sie sollen besser verständlich sein.

Zum Beispiel:

Es gibt keine Zuschlags-Punkte mehr.

Es gibt mehr Fix-Beträge.

Förderung für den Kauf von neuen Wohnungen und Mietkauf-Wohnungen wird einheitlicher und attraktiver.

Die Förderung von neuen Wohnungen und von Mietkauf-Wohnungen wird einheitlich.

Die Förderung beim Bau von Miet-Wohnungen wird einheitlich.

Die Förderung beim Bau von Wohn-Heimen wird einheitlich.

Die Berechnung für die Wohn-Beihilfe wird einheitlich.

Die Förderung für die Sanierung von Wohnungen oder Häusern wird an andere Förderungen angepasst.

Sie wird an die Förderung vom Bund angepasst und an die Energie-Förderung vom Land.

Der Wechsel von einer geförderten Mietwohnung in eine andere soll auch einfacher werden.

TOP 5 (16:30 Uhr):

Vereinbarung über eine Miet-Übernahme

Die Vorlage der Landesregierung wird im [Finanz-Ausschuss](#) diskutiert:

Im Gebäude Strubergasse 18 in Salzburg sind seit 2014 Bildungs-Einrichtungen eingemietet:

1. Biber-F
2. Società Dante Alighieri Salzburg
3. Salzburger Bildungswerk
4. Robert-Jungk-Stiftung
5. Salzburger Erwachsenenbildung

6. INTERSOL

7. Verein Haus für Bildung & Kultur im Stadtwerk

Das Land Salzburg hat sich verpflichtet,
dass es die Miete für 10 Jahre übernimmt,
wenn die Einrichtungen NICHT zahlen können.
Die Vereinbarung gilt bis zum 31.12.2024.

Das Land Salzburg soll für die nächsten 10 Jahre
wieder die Vereinbarung über die Miete übernehmen.
Dann wird die Miete für die Einrichtungen günstiger.

Das Land Salzburg übernimmt deshalb eine [Haftung](#).
Dafür ist die Zustimmung vom Salzburger Landtag notwendig.

TOP 6 (16:45 Uhr):

Projekt SALK CDK

Die Vorlage der Landesregierung wird im
[Finanz-Ausschuss](#) diskutiert:

In der Christian-Doppler-Klinik (CDK) soll ein
neues Gebäude gebaut werden.
Es geht um ein neues Gebäude für die Forensik-Abteilung.

Die Kosten betragen ungefähr 12 Millionen Euro.
Dafür muss die SALK einen Kredit aufnehmen.
Das Land Salzburg soll für den Kredit eine [Haftung](#) übernehmen.

Der Salzburger Landtag muss diesem Plan zustimmen.

TOP 7 (17:00 Uhr):

Dienstrecht für Landes-Bedienstete

Die Vorlage der Landesregierung wird im
[Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert:

Es geht um die Bezahlung für Dienstreisen.
Mit dem neuen Gesetz wird die Bezahlung
für Dienstreisen verbessert.

Das Kilometergeld, die Tagesgebühren, die Nächtigungsgebühren und den Beförderungszuschuss werden höher.

Außerdem wird die Tagesgebühr nach 4 Stunden Abwesenheit gezahlt. Vorher waren es 5 Stunden.

TOP 8 (17:15 Uhr):

Mindestlohn-Richtlinie

Die Vorlage der Landesregierung wird im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert:

Das Dienstrecht für Landes- und Gemeinde-Bedienstete wird geändert.

In der EU gelten Regeln für einen Mindestlohn. Alle Länder müssen bis 15. November 2024 Mindestlöhne einführen. Das Dienstrecht von den Landes- und Gemeinde-Bedienstete wird an die EU-Regeln angepasst.

Die EU-Mindestlohn-Richtlinie bestimmt, was ein gesetzlicher Mindestlohn ist.

TOP 9 (17:30 Uhr):

Pensionsgesetz für Landesbeamte

Die Vorlage der Landesregierung wird im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert:

Die Pensionen für die Landesbeamten werden im Jahr 2025 erhöht.

Kleinere Pensionen werden um einen Prozent-Betrag erhöht. Höhere Pensionen werden um einen fixen Betrag höher.

TOP 10 (18:00 Uhr): Salzburger Bezüge-Gesetz

Der Antrag von ÖVP und FPÖ wird im
[Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert:

Das Salzburger Bezüge-Gesetz regelt
die Gehälter von Salzburger Politikerinnen und Politikern.

Das Gesetz regelt:

Die Gehälter werden jedes Jahr an die Teuerung angepasst.

ÖVP und FPÖ schlagen vor:

Die Anpassung im Jahr 2025 soll weniger hoch sein.

Die Erhöhung soll sich nach den

Gehältern von den öffentlichen Bediensteten richten.

TOP 11 (18:30 Uhr): Terminal für den Salzburger Flughafen

Die Vorlage der Landesregierung wird im
[Finanz-Ausschuss](#) diskutiert:

Der Salzburger Flughafen gehört
dem Land und der Stadt Salzburg.

Das Land Salzburg hat 75 %.

Die Stadt Salzburg hat 25 %.

Der Flughafen plant einen neuen Terminal.

Das Land und die Stadt Salzburg
unterstützen den Neubau.

Der Terminal kostet viel Geld.

Das Land Salzburg übernimmt deshalb eine [Haftung](#).

Dafür ist die Zustimmung vom Salzburger Landtag notwendig.

TOP 12 (10:00 Uhr): Kostenlose Zahn-Füllungen von der Krankenkasse

Der Antrag von ÖVP und FPÖ wird im
[Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert:

Die Krankenkasse (ÖGK) zahlt Zahn-Füllungen mit Amalgam.
Andere Füllungen müssen die Patienten selbst zahlen.

Ab Jänner 2025 sind in der EU
Zahn-Füllungen aus Amalgam verboten.

Warum?

In Amalgam ist Quecksilber enthalten.

Quecksilber ist schädlich für die Gesundheit und die Umwelt.

Ab 2025 gilt die EU-Quecksilber-Verordnung.

Die EU-Quecksilber-Verordnung ist ein Gesetz,
das in der Europäischen Union gilt.

Es verbietet die Verwendung von Quecksilber in vielen Produkten.

Zahnärzte dürfen ab 2025 kein Amalgam mehr für Zahn-Füllungen verwenden.

Die Verordnung verbietet Zahn-Füllungen mit Quecksilber.

Das bedeutet:

Es gibt 2025 vielleicht KEINE kostenlosen Zahn-Füllungen mehr.

Für viele Menschen sind die anderen Füllungen zu teuer.

Die Krankenkasse und die Zahnärzte verhandeln.

Es geht um ein anderes Material für die Füllungen und um die Kosten.

Es geht darum,

welches Material die Krankenkasse bezahlt.

ÖVP und FPÖ schlagen vor:

Die Bundesregierung soll mit den

Krankenkassen und Zahnärzten verhandeln.

Es soll kostenlose Zahn-Füllungen ohne Amalgam geben.

TOP 13 (19:30 Uhr):

Schutz für Kinder vor Mobbing und Gewalt

Der Antrag der SPÖ wird im

[Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur](#) diskutiert:

Mobbing und Gewalt sind ein großes Problem

für Kinder und Jugendliche.

Besonders in der Schule und

in den sozialen Medien.

Beim Jugendlandtag reden Jugendliche oft über das Thema Mobbing.

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft Salzburg (kija) hat 2023 fast 500 Fälle von Mobbing bearbeitet. Das ist sehr viel.

In Oberösterreich gibt es eine Stelle für Schutz vor Mobbing und Gewalt. Die Stelle unterstützt Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

In der Steiermark hat man eine Studie erstellt. Die Studie zeigt: Sehr viele Schülerinnen und Schüler sind von Mobbing betroffen.

Die SPÖ fordert:

- Eine Studie über Mobbing und Gewalt in Salzburger Schulen.
- Eine Untersuchung von den Angeboten zum Schutz vor Mobbing und Gewalt.
- Die Einrichtung von einer Stelle zum Schutz vor Mobbing und Gewalt.
- Finanzielle Mittel für diese Projekte.

TOP 14 (20:00 Uhr): Entlastung bei den Preisen für Energie

Der Antrag der KPÖ PLUS wird im [Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert:

Jeder Mensch braucht Energie. Energie ist wichtig zum Heizen, zum Kochen und für das Licht.

Ab Jänner werden Strom und Gas teurer. Viele Menschen haben mehr Kosten für Energie.

Es gibt Programme zur Unterstützung. Zum Beispiel die Strompreisbremse und den Wohnschirm Energie. Diese Unterstützungen enden bald.

Die Landesregierung kürzt den Heizkosten-Zuschuss von 600 auf 250 EURO.

Die Armutskonferenz fordert eine Energie-Grundsicherung.
Das bedeutet:

Alle Menschen sollen die notwendige Energie sicher bekommen.

Die KPÖ PLUS fordert:

Die Salzburgerinnen und Salzburger sollen bei den Kosten für Energie entlastet werden.

Die Landesregierung soll einen Plan dafür machen.

Die Landesregierung soll mit der Salzburg AG zusammenarbeiten:
Es soll KEINE Strom-Abschaltungen geben.

Der Bund soll eine Energie-Grundsicherung einführen.
Außerdem soll es eine feste Grenze für die Kosten von Strom und Gas geben.

TOP 15 (20:30 Uhr): Mobilitäts-Lösung ohne S-LINK

Der Antrag der GRÜNEN wird im [Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität](#) diskutiert:

Mit Mobilitäts-Lösung ist gemeint:

Es geht um einen großen Plan für den Verkehr in Salzburg.

Am 10. November 2024 haben die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Salzburg, im Tennengau und im Flachgau abgestimmt.
Sie haben über den Verkehrs-Plan und den S-Link abgestimmt.
Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger haben gegen den Plan gestimmt.

Die verantwortlichen Politiker und Politikerinnen in der Stadt und im Land Salzburg haben gesagt:
Stadt und Land müssen zusammenarbeiten.
Sie wollen gemeinsam Lösungen finden.
Die Mobilität in Salzburg muss verbessert werden.

Für den S-Link hat es eine Planungs-Gesellschaft gegeben.
Im November ist beschlossen worden:
Die Planungs-Gesellschaft wird aufgelöst.

Die GRÜNEN fordern:
Der Salzburger Landtag bekennt sich
zu einer Mobilitäts-Lösung für Salzburg.

Die Landesregierung soll prüfen:
Kann die Planungs-Gesellschaft von den
Salzburger Verkehrsbetrieben übernommen werden.
Das Wissen von der Planungs-Gesellschaft soll
NICHT verloren gehen.

Die Landesregierung soll sich für die Messe- und
die Stieglbahn einsetzen.
Sich soll sich außerdem dafür einsetzen,
dass die Lokalbahn bis zum Schloss Mirabell verlängert wird.
Die Verlängerung kann auch oberirdisch sein.

Abschluss-Plenum:

Jede Sitzung vom Landtags endet damit,
dass sich alle Abgeordneten und die Mitglieder der Regierung
noch einmal im Saal treffen.

Dort werden alle Beschlüsse vom Ausschuss
seit der letzten Sitzung vom Landtag
noch einmal von allen abgestimmt.

Wörterbuch:

Gedenkstrategie

Eine Gedenkstrategie ist ein Erinnerungsplan.

Zum Beispiel:

Eine Erinnerung an das Ende von einem Krieg.

Haftung:

Haftung bedeutet: die Verantwortung
oder eine Pflicht übernehmen.

SALK:

SALJK ist die Abkürzung für Salzburger Landeskliniken

S-LINK:

Der S-LINK ist die Verlängerung von der Lokalbahn bis Hallein.
Link bedeutet Verbindung.

Wörter, die in jeder Vorschau auf die Landtagssitzung vorkommen:

Ausschuss:

Die Abgeordneten arbeiten in Ausschüssen.

Ein Ausschuss ist eine Gruppe von Fachleuten.

Die Ausschüsse gibt es zu verschiedenen Themen.

Zum Beispiel:

zum Thema Soziales

oder zum Thema Geld und Finanzen.

In einem Landtags-Ausschuss wird alles genau besprochen.

Die Abgeordneten laden oft Fachleute in einen Ausschuss ein.

Die Fachleute kennen sich bei bestimmten Themen gut aus.
Die Abgeordneten beraten sich mit den Fachleuten.
Die Fachleute können mit ihrem Wissen den Abgeordneten helfen.
Im Ausschuss sind weniger Abgeordnete als im Plenum.

Dringlicher Antrag

Am Vormittag gibt es bei jedem Dringlichen Antrag eine Abstimmung.
Ist der Antrag wirklich dringlich?
Der Antrag ist am Nachmittag bei den Ausschuss-Beratungen,
wenn die Mehrheit für die Dringlichkeit stimmt.

Landesregierung:

Der Landtag wählt die Landesregierung.
Die Landesregierung besteht aus 7 Personen.
Jede Person in der Regierung ist für eine bestimmte Sache zuständig.

Landtagsabgeordnete:

Der Salzburger Landtag besteht aus 36 Politikerinnen und Politikern.
Diese Politiker und Politikerinnen heißen Landtagsabgeordnete.
Die Salzburgerinnen und Salzburger wählen bei der Landtagswahl
die Landtagsabgeordneten.
Die Abgeordneten stimmen über neue Gesetze ab.

Landtagsfraktion, Landtagsklub:

Eine Partei im Landtag nennt man auch
Landtagsfraktion oder Landtagsklub.
Ein Landtagsklub hat 3 oder mehr Abgeordnete.

Landtagssitzung:

Bei einer Sitzung vom Landtag treffen sich die Abgeordneten.
Das Treffen heißt Landtagssitzung.
Die Abgeordneten vom Landtag

und die Mitglieder der Regierung
besprechen bei der Sitzung wichtige Themen.

Wörter, die in jeder Ausschuss-Sitzung vorkommen:

TOP:

TOP ist die Abkürzung für Tagesordnungspunkt.
Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.
Jeder Tagesordnungspunkt ist ein eigenes Thema.

Tagesordnungspunkt:

Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.
Jede Sitzung ist in Tagesordnungspunkte eingeteilt.
Jeder Tagesordnungspunkt bekommt ein eigenes Thema.
Dieses Thema wird dann in dem jeweiligen Tagesordnungspunkt diskutiert.

Ausschuss:

Die Abgeordneten arbeiten in Ausschüssen.
Ein Ausschuss ist eine Gruppe von Fachleuten.
Die Ausschüsse gibt es zu verschiedenen Themen.
Zum Beispiel:

zum Thema Soziales
oder zum Thema Geld und Finanzen.

In einem Landtagsausschuss wird alles genau besprochen.
Die Abgeordneten laden oft Fachleute in einen Ausschuss ein.
Die Fachleute kennen sich bei bestimmten Themen gut aus.
Die Abgeordneten beraten sich mit den Fachleuten.
Die Fachleute können mit ihrem Wissen den Abgeordneten helfen.

Im Ausschuss sind weniger Abgeordnete als im Plenum.
Beim Plenum treffen sich alle Abgeordneten.

Die Parteien:

FPÖ:

FPÖ ist die Abkürzung für Freiheitliche Partei Österreichs.

GRÜNE:

Die Grünen

KPÖ PLUS:

KPÖ ist die Abkürzung für Kommunistische Partei Österreichs.
Plus heißt mehr.

ÖVP:

ÖVP ist die Abkürzung für Österreichische Volkspartei.

SPÖ:

SPÖ ist die Abkürzung für Sozialdemokratische Partei Österreichs.

Die Ausschüsse:

Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur:

Hier werden Themen besprochen,
die mit Bildung, Schule, Sport oder Kultur zu tun haben.

Ausschuss für Europa, Integration und Regionale Außenpolitik:

Hier geht es um Themen,
die mit der Zusammenarbeit von Österreich
und anderen Ländern in der EU zu tun haben.

Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität

Hier geht es um Planungen und den technischen Ausbau.
Zum Beispiel:
Planungen für den Öffentlichen Verkehr
oder für neue Straßen
oder für das Internet.

Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit:

Hier wird über soziale Themen und Gesundheit gesprochen.

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen:

Hier wird über Wirtschaft, Energie oder Dinge,
die man zum Leben braucht gesprochen,
zum Beispiel das Wasser oder die Luft.

Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr:

Hier geht es um das Wohnen und das Planen.
Es geht um Fragen,
wo etwas gebaut werden darf und wo nicht.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz:

Hier geht es um Dinge,
die Einfluss auf unsere Umwelt haben.

Finanz-Ausschuss:

Hier entscheiden die Abgeordneten,
wofür das Land Salzburg Geld ausgeben soll.

Finanz-Überwachungsausschuss:

Hier wird überprüft,
ob das Geld vom Land sorgsam und richtig ausgegeben wird.

Petitionsausschuss:

Hier werden Wünsche der Bevölkerung besprochen.

Unvereinbarkeits-, Immunitäts- und Disziplinar-Ausschuss

Es geht um Meldungen,
die die Abgeordneten nach dem Gesetz abgeben müssen.

Es soll alles transparent sein.

Das bedeutet: Es soll alles nachvollziehbar sein.

Im Immunitätsausschuss geht es
um das Ersuchen von Behörden.

Zum Beispiel von der Bundes-Polizeidirektion.

Zum Beispiel um Zustimmung zu einer behördlichen Verfolgung
von Abgeordneten.

Verfassungs- und Verwaltungsausschuss:

Hier werden Gesetze beschlossen.

Redaktion:

Dr. Evelyn Feichtner-Tiefenbacher (Text) und Dr. Richard Voithofer, Salzburger Landtag – Landtagsdirektion, Wissenschaftlicher Dienst.

Evelyn Feichtner-Tiefenbacher ist Germanistin und von [capito Graz](#) als Fachkraft für Leichte Sprache und Barrierefreiheit zertifiziert.

[Informationen zu Leichter Sprache finden Sie auf der Homepage der Universität Hildesheim](#)

Weitere Informationen über den [Salzburger Landtag in Leichter Sprache](#)